

Leichter zum deutschen Pass

Migration Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will die Hürden senken. Der Gesetzentwurf ruft jetzt schon Kritik hervor.

Berlin. Vor einem Jahr haben sich die Ampel-Parteien in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, demnächst will Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) einen Gesetzentwurf ins Kabinett einbringen: Für Ausländer hierzulande soll es einfacher werden, deutsche Staatsbürger zu werden. Der Gesetzentwurf sei „so gut wie fertig“, bestätigte ein Sprecher des Innenministeriums. Zuvor hatte die Bild-Zeitung über das Vorhaben berichtet.

Folgende Erleichterungen seien unter anderem geplant: In Deutschland geborene Kinder von Migranten sollen mit ihrer Geburt einen deutschen Pass bekommen, wenn der Vater oder die Mutter seit fünf Jahren einen „rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt“ in Deutschland hat. Bislang waren acht Jahre die Voraussetzung. Zudem sollen künftig Einbürgerungen früher möglich sein, in der Regel nach fünf Jahren, „in Ausnahmefällen“, wie „Bild“ schreibt, nach drei Jahren. Laut Koalitionsvertrag soll dies

bei „besonderen Integrationsleistungen“ der Fall sein. Die Koalition will auch doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen, dies ist in Deutschland bislang nur unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen. „Die Ungerechtigkeit, dass es für manche geht, für andere nicht, schaffen wir nun endlich ab“, sagte Lars Castellucci (SPD), geschäftsführender Vorsitzender des Innenausschusses im Bundestag, dieser Zeitung. Bereits heute lebten viele Menschen mit zwei Pässen im Land, „ohne dass es jemanden stört oder es Konflikte gibt“.

Bayern: völlig indiskutabel

Auch für die Menschen, die als sogenannte Gastarbeiter ins Land gekommen sind, sollen Einbürgerungen leichter werden. In der „Bild“-Zeitung heißt es dazu: Senioren ab 67 Jahren müssten keinen formellen Sprachtest mehr machen, stattdessen soll die Fähigkeit zur mündlichen Verständigung ausreichen. Zudem entfielen für sie die bislang geforder-

ten Wissen-Tests über Deutschland. Auch das würde in etwa den Vorhaben entsprechen, die im Koalitionsvertrag angekündigt wurden.

Der SPD-Politiker Lars Castellucci verteidigt die Pläne der Ampel-Koalition gegen Kritik der Opposition. Für die erste Generation der sogenannten Gastarbeiter seien die Hürden für eine Einwanderung bislang viel zu hoch, sagte er. „Die Union verramscht gerade ihr christliches Erbe, so wie sich ihre Vertreter in dieser Frage äußern.“ Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Thorsten Frei, mit den Worten zitiert: „Der deutsche Pass darf nicht zur Ramschware werden.“ Der bayerische Innenminister, Joachim Herrmann (CSU), bezeichnete die Pläne „als völlig indiskutabel“. „Wenn das so kommt, wäre das eine weitere extreme Belastung der deutschen Gesellschaft“, teilte er mit.

Claudia Kling

Kommentar